

Altholzanteil

Bei Vor- und Endnutzung zu erhaltender Anteil erwachsener Bäume, die als Reserve für den Erhalt der an Altholz gebundenen Biozönose auf der LRT-Fläche jedes Eigentümers verbleiben sollen.

Bodenbearbeitung

Eingriffe in die Bodenstruktur, einschließlich des Fräsens oder Mulchens verdämmender Bodenvegetation, zur Einleitung einer Naturverjüngung oder Vorbereitung einer künstlichen Verjüngung.

Bodenschutzkalkung

Ausbringen von Kalk auf die Bodenoberfläche eines Bestandes zur Kompensation der im Boden z. B. durch Luftschadstoffeinträge ausgelösten Versauerungsprozesse. Durch Bodenschutzkalkung soll, im Unterschied zur Düngung, der natürliche Bodenzustand erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Eine Kalkung auf von Natur aus sehr basen- und nährstoffarmen Böden kommt daher nicht in Betracht.

Durchforstung

Hiebsmaßnahme zur Pflege/Förderung des verbleibenden Bestandes unter Anfall von Derbholz (oberirdische Holzmasse ab 7 cm Durchmesser).

Düngung

Einbringung mineralischer und organischer Substanzen zur Hebung des Gehaltes an Pflanzennährstoffen im Boden mit dem Ziel der Ertragsteigerung oder zum Ausgleich von Nährstoffmangel (außer Bodenschutzkalkung).

Entwässerungsmaßnahmen

Maßnahme, die geeignet ist, den Grundwasserspiegel einer Fläche partiell dauerhaft abzusenken, z. B. durch Gräben oder Drainagerohre, nicht jedoch die Abführung des Oberflächenwassers von Wegekörpern (letztere ist zur Wegeerhaltung zwingend notwendig und von hier getroffenen Regelungen ausgenommen).

Feinerschließungslinie

Unterste Kategorie der Walderschließung (auch als Rückegasse oder Gasse bezeichnet). Es handelt sich um eine nicht von Bäumen bestandene, unbefestigte Fahrlinie zum Transport des eingeschlagenen Holzes aus dem Bestand heraus zum befestigten Weg. Eine Feinerschließungslinie kann in schwierigem Gelände auch als nicht zu befahrende Seiltrasse angelegt sein. Zur Vermeidung unnötiger Produktionsflächenverluste orientiert sich deren Breitenausdehnung an der jeweiligen gängigen Maschinenbreite.

Femelhiebs

Entnahme von Bäumen auf einer Fläche von Gruppengröße (Ø 10 bis 20 m) bis Horstgröße (Ø 20 bis 40 m) in unregelmäßiger Verteilung über die Bestandsfläche einschließlich deren sukzessiver Vergrößerung (Rändelung) mit dem Ziel der Verjüngung des Bestandes.

Habitatbäume

Lebende Altholzbäume mit Baumhöhlen, Horstbäume, breitkronige Hutebäume, mehrstämmige Bäume, Bäume mit erkennbaren Faulstellen und Mulmhöhlen, sich lösender Rinde, Pilzkonsolen, abgebrochenen Kronen oder Kronen, die zu mehr als einem Drittel abgestorben sind, sowie Uraltbäume, die aufgrund ihres hohen Alters oder ihrer großen Dimensionen mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits holzentwertende Fäulen aufweisen.

Vom Eschentriebsterben befallene Bäume sind grundsätzlich auszunehmen.

Habitatbaumanwärter

Möglichst alte Bäume, die derzeit noch keine besonderen Habitatstrukturen aufweisen, aber mittel- bis langfristig gut dafür geeignet erscheinen.

Kahlschlag

Hiebsmaßnahmen, die sich auf einer zusammenhängenden Waldfläche von mehr als einem Hektar erstrecken und den Holzvorrat dieser Fläche auf weniger als 25 % verringern oder vollständig beseitigen.

Lebensraumtypische Baumarten

Baumarten, die im jeweiligen Naturraum (wahrscheinlich) autochthon sind und auf dem jeweiligen Standort als Haupt-

Neben- oder Pionierbaumarten Bestandteil der natürlichen Waldgesellschaften (einschließlich ihrer Pionierphasen) sind.

Lochhiebs

Hiebsform zur Einleitung der Walderneuerung nach einer Mast oder vor einer Pflanzung vor allem im Eichen-LRT, bei der, in der Regel meist kreisförmige, Freiflächen mit dem Durchmesser mindestens einer Baumlänge, maximal 50 m, geschaffen werden, die im Abstand von ungefähr einer Baumlänge zueinander liegen können. In Eiche sind Einzelbaum- und Femelhiebe nicht zielführend.

Mittelwald

Typische Form der Waldbewirtschaftung in vergangenen Jahrhunderten. Der Mittelwald besteht aus zwei Bestandesschichten. Eine Bestandesschicht wird vom Unterholz gebildet, das wie Niederwald aus Stockausschlägen beruht und regelmäßig zur Brennholzgewinnung genutzt wurde. Darüber steht das Oberholz in Form großer und breitkroniger Bäume, die der Nutzholzgewinnung dienen und auch zur Produktion von Eicheln und Bucheckern für die Schweinemast erschlossen wurden. Eine Mittelwaldbewirtschaftung findet i. d. R. nur noch aus kulturhistorischen Gründen zur Bewahrung der hierdurch entstehenden interessanten Waldbilder und wegen des hohen Naturschutzwertes dieser Wälder statt. Mittelwälder bieten wegen ihrer Strukturvielfalt und des ihnen eigenen Licht- und Wärmeregimes Lebensräume für eine Vielzahl heute seltener und bedrohter Tiere und Pflanzen, die in strukturärmeren und schattigeren Hochwäldern nicht leben können.

Standort/standortgerecht/standorttypisch

Umfasst die Gesamtheit der für das Wachstum der Waldbäume bedeutenden Umweltbedingungen (Lage, Boden, Relief, Wasser, Klima). Standortgerecht bzw. standorttypisch sind die Arten, die regelmäßig auf dem Standort in vitaler Ausprägung vorkommen.

Totholz

Abgestorbene Bäume oder Baumteile und deren Überreste mit mehr oder weniger fortgeschrittenen Zerfallserscheinungen (im Unterschied zu Habitatbäumen die noch leben). Unterteilung in stehendes Totholz (noch stehende Stämme) und liegendes Totholz (auf dem Boden liegende Äste und Stämme). Nicht unter diese Definition für Totholz fallen Bäume, die aufgrund biotischer oder abiotischer Ursachen frisch abgestorben sind.

Totholz, starkes

Abgestorbene, stehende oder liegende Bäume oder Teile von Bäumen mit einem Mindestdurchmesser von 50 cm. Für die Mindestanforderung gezählt werden Stücke ab 3 Metern Länge.

Verjüngung

Überführung eines Waldbestandes in die nächste Waldgeneration.

Verjüngung, künstliche

Einbringung und Pflege von in der Regel nicht aus der Fläche stammendem Vermehrungsgut (Samen, Jungpflanzen) durch Pflanzung oder Saat (im Unterschied zur Naturverjüngung bzw. natürlichen Verjüngung).

Walderschließung

System von Wegen und Feinerschließungslinien zur Bewirtschaftung von Waldflächen.

Waldfläche mit Fortpflanzungs- und Ruhestätten wertbestimmender Tierarten

Alle Altholzbestände des FFH-Gebietes, die zum Referenzzeitpunkt Altholzbestand sind und die als Fortpflanzungs- und Ruhestätten für die im Unterschutzstellungserlass genannten vier Fledermausarten geeignet sind.

Für das Große Mausohr sind alle Altbestände mit führender Buche als Fortpflanzungs- und Ruhestätte wertbestimmender Tierarten definiert.

Weg

Befestigter, in der Regel wassergebundener Teil der Walderschließung.

Wegeinstandsetzung

Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit eines Weges nach technischem Erfordernis, einschließlich des Einbaus neuen Materials.

Wegeneu- oder -ausbau

Der Neubau eines Weges in bisher nicht erschlossenen Waldbereichen oder der Ausbau eines vorhandenen Weges durch Einbau von Material und dem Ziel, eine Verbesserung der Befahrbarkeit/Belastbarkeit zu erreichen.

Wegeunterhaltung

Maßnahmen zur Pflege des Wegeprofils einschließlich des wegebegleitenden Grabens und der Fahrbahnoberfläche mit Einbau von nicht mehr als 100 kg milieugeeignetem Material pro Quadratmeter; eingeschlossen sind das Glättziehen (Grädern) nach Holzrückearbeiten unmittelbar nach deren Abschluss, sowie die Pflege des Lichtraumprofils und die Unterhaltung/der Ersatz von Durchlassbauwerken, soweit sie der Ableitung von Niederschlagswasser von der Bergseite auf die Talseite dienen.

**Verordnung
über das Naturschutzgebiet
„Bergwiesen bei St. Andreasberg“,
Stadt Braunlage und Gemeindefreies Gebiet Harz,
Landkreis Goslar
vom 08.11.2018**

Aufgrund der §§ 20 Abs. 2 Nr. 1, 22 Abs. 1 und 2, 23, 26, 32 Abs. 2 und 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434), i. V. m. den §§ 14, 16, 19 und 32 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104) und des § 32 Abs. 2 und 3 BNatSchG i. V. m. der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 (ABl. Nr. L 206 S. 7 vom 22.07.1992) zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie), zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193), wird verordnet:

§ 1**Naturschutzgebiet**

- (1) Das in den Absätzen 2 und 3 näher bezeichnete Gebiet wird zum Naturschutzgebiet (NSG) „Bergwiesen bei St. Andreasberg“ erklärt. Es umfasst auch das ehemalige NSG „Bergwiesen bei St. Andreasberg“ sowie Teilbereiche des LSG „Harz (Landkreis Goslar)“.
- (2) Das NSG liegt im Naturraum Oberharz. Es befindet sich im Gebiet der Stadt Braunlage und im gemeindefreien Gebiet im Landkreis Goslar. Es erstreckt sich in unmittelbarer Nähe der Bergstadt St. Andreasberg.
- (3) Die Lage des NSG ist aus der mitveröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1:20.000 (**Anhang B**) zu entnehmen, die Grenze des NSG ergibt sich aus der maßgeblichen und mitveröffentlichten Karte im Maßstab 1:5.000 (**Anhang B**). Sie verläuft auf der Innenseite des dort dargestellten grauen Rasterbandes. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie können von jedermann während der Öffnungszeiten bei der Stadt Braunlage, dem Nds. Forstamt Clausthal und dem Landkreis Goslar — Untere Naturschutzbehörde — unentgeltlich eingesehen werden.
- (4) Das NSG ist identisch mit dem Fauna-Flora-Habitat-(FFH-) Gebiet Nr. 148 „Bergwiesen bei St. Andreasberg“ (DE 4229-303).
- (5) Das NSG hat eine Größe von ca. 221 ha.

§ 2**Schutzgegenstand und Schutzzweck**

- (1) Das Naturschutzgebiet umfasst einen Großteil der Grünlandflächen um St. Andreasberg, bei einer Höhenlage zwischen 490 und 730 m über NHN. Es handelt sich um den größten Bergwiesenkomplex im niedersächsischen Harz. Das NSG gliedert sich in fünf verschiedene Teilgebiete, welche folgende Bereiche umfassen:

- im Nordosten die Jordanshöhe, den Gesehr und den Sägemühlenberg,
- im Osten den Kleinen Oderberg,
- im Südosten den Beerberg und den Großen Oderberg,
- im Südwesten den Doktorskopf und die Engelskuppe,
- im Westen den Sieberberg.

Bei den Wiesen handelt es sich zum überwiegenden Teil um nährstoffreiche und magere Bergwiesen sowie montane Borstgrasrasen unterschiedlicher Ausprägungen. Aufgrund der klimatischen Verhältnisse, des Wechsels großer, wenig geneigter Hänge bis hin zu kleinen Bergkuppen mit steilen Abfällen und der entsprechenden Standortvielfalt sowie der unterschiedlichen Nutzungsintensität ist ein kleinflächiges, miteinander verzahntes Vorkommen der Biotoptypen entstanden.

Die Bergwiesen stellen eine historische Kulturlandschaft dar, die aufgrund ihrer Lage, Ausdehnung, Parzellierung und der historischen Landnutzungsform die Auseinandersetzung der Bewohner mit den klimatischen und topographischen Gegebenheiten widerspiegelt. Ein hoher Anteil der Bergwiesen befindet sich in Plateaulagen, wodurch die Wiesenflächen die Landschaft in besonderer Weise prägen.

- (2) Allgemeiner Schutzzweck für das NSG ist nach Maßgabe der §§ 23 Abs. 1 und 32 Abs. 3 BNatSchG i. V. m. § 16 NAGBNatSchG die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotoptypen und Lebensgemeinschaften nachfolgend näher bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten sowie als Landschaft von Seltenheit, besonderer Eigenart, Vielfalt und herausragender Schönheit.
- (3) Besonderer Schutzzweck des gesamten NSG ist insbesondere
 1. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung eines Mosaiks der harztypischen Wiesengesellschaften,
 2. die langfristige Wiederherstellung harztypischer Wiesengesellschaften auf in Intensivgrünland überführter oder mit Nadelholz aufgeforsteter Wiesen,
 3. die Erhaltung und Entwicklung der Unzerschnittenheit und funktionalen Zusammengehörigkeit der Lebensraumkomplexe des Gebietes,
 4. die langfristige Umwandlung nicht standortheimischer Waldbestände (v. a. Fichtenforsten) in die auf dem jeweiligen Standort natürlich vorkommende Waldgesellschaft, sofern es sich nicht um ehemalige Grünlandbestände handelt,
 5. Erhalt der bodensauren Buchenwälder insbesondere der alten, strukturreichen Buchenbestände mit zahlrei-

chen krummen, habitatreichen, teils tiefbeasteten Bäumen, welche vereinzelt, kleinflächig vorkommen und wertvolle Altholzrelikte inmitten der Bergwiesenlandschaft darstellen,

6. die Förderung einer naturnahen Waldrandentwicklung, jedoch ohne Ausdehnung auf angrenzende Grünlandflächen,
 7. den Schutz und die Förderung der Lebensgemeinschaften und Lebensstätten der wild lebenden Tiere, insbesondere für den Luchs (*Lynx lynx*), Wildkatze (*Felis silvestris*), Wachtelkönig (*Crex crex*), Fledermäuse, z. B. Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*), Nordfledermaus (*Eptesicus nilssonii*) oder Kleinabendsegler (*Nyctalus leisleri*) und Tagfalterarten, z. B. Feuchtwiesen-Perlmutterfalter (*Brenthis ino*), Großer Perlmutterfalter (*Argynnis aglaja*) oder Großer Mohrenfalter (*Erebia ligea*), sowie Pflanzen, insbesondere Arnika (*Arnica montana*), Wiesen-Feuerlilie (*Lilium bulbiferum* ssp. *bulbiferum*), Breitblättriges Knabenkraut (*Dactylorhiza majalis*), Wiesen-Leinkraut (*Thesium pyrenaicum* ssp. *pyrenaicum*) und Weißzüngel (*Pseudorchis albida*),
 8. die Biotopvernetzung im Oberharz u. a. auch in Hinblick auf die Kohärenz des europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“,
 9. die Ruhe und Ungestörtheit im NSG.
- (4) Die Flächen des NSG gemäß § 1 Abs. 4 sind Teil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“, die Unterschutzstellung trägt dazu bei, den günstigen Erhaltungszustand der maßgeblichen Lebensraumtypen im FFH-Gebiet „Bergwiesen bei St. Andreasberg“ insgesamt zu erhalten oder wiederherzustellen.
- (5) Spezieller Schutzzweck (Erhaltungsziele) des FFH-Gebietes ist die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der maßgeblichen FFH- Lebensraumtypen. Diese ergeben sich aus **Anhang A** dieser Verordnung.
- (6) Die Umsetzung der vorgenannten Erhaltungsziele insbesondere auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen durch Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen kann aufbauend auf die nachfolgenden Schutzbestimmungen auch durch Angebote des Vertragsnaturschutzes unterstützt werden.

§ 3

Verbote

- (1) Gemäß § 23 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des NSG oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können. Darüber hinaus sind im gesamten Schutzgebiet gemäß § 33 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Gebietes in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck gemäß § 2 Abs. 5 dieser Verordnung maßgeblichen Bestandteilen führen können, unzulässig.
- (2) Insbesondere ist das Betreten (auch das Reiten und Fahrradfahren) oder sonstige Aufsuchen des NSG außerhalb der tatsächlich öffentlichen Wege (NWaldLG) und abseits der öffentlichen Straßen verboten. Tatsächlich öffentliche Wege sind private Straßen und Wege, die mit Zustimmung oder Duldung der Grundstückseigentümer oder der sonstigen berechtigten Personen tatsächlich für den öffentlichen Verkehr genutzt werden; dazu gehören Wanderwege, Radwege, Fahrwege, Reitwege und Freizeitwege. Nicht dazu gehören Fuß- und Pirschpfade, Holzrückelinien, Fahrspuren zur Holzabfuhr, Abteilungslinien, Grabenränder und Feld- und Wiesenraine, sofern diese nicht als Wanderwege ausgeschrieben sind.
- (3) Insbesondere werden folgende Handlungen, die das NSG oder einzelne seiner Bestandteile gefährden oder stören können, untersagt:

1. Hunde frei laufen oder in den Gewässern schwimmen zu lassen,
2. wild lebende Tiere oder die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören,
3. die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze mit Kraftfahrzeugen, einschließlich Wohnwagen und anderen für die Unterkunft geeigneten Fahrzeugen, zu befahren oder diese dort abzustellen,
4. Luftfahrzeuge i. S. des § 1 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz in der Fassung vom 10.05.2007 (BGBl. I S. 698), auch wenn diese nach Luftverkehrsrecht nicht erlaubnispflichtig sind, z. B. Hängegleiter, Flugmodelle, Drohnen oder Drachen sowie andere Fluggeräte zu starten und abgesehen von Notfallsituationen zu landen sowie das Gebiet in einer Höhe unter 300 Metern zu überfliegen. Ausgenommen ist der Einsatz von Drohnen im Rahmen der ordnungsgemäßen forst-, jagd- und landwirtschaftlichen Nutzung sowie der Einsatz von Luftfahrzeugen für Maßnahmen zur Bodenschutzkalung im Wald,
5. organisierte Veranstaltungen mit mehr als 50 Personen inklusive Betreuungspersonal ohne Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde durchzuführen,
6. außerhalb der gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 4 kenntlich gemachten Bereichen zu lagern, zu zelten und zu grillen,
7. offene Feuer wie z. B. Lagerfeuer o.ä. zu entzünden soweit diese nicht gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 4 freigestellt sind,
8. gentechnisch veränderte Organismen einzubringen,
9. Pflanzen oder Tiere, insbesondere, gebietsfremde oder invasive Arten auszubringen oder anzusiedeln. Anpflanzungen und Ansaaten auf Offenlandflächen bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
10. Bodenbestandteile zu entnehmen sowie Stoffe aller Art, wie z. B. Müll, Schutt, Abfälle aller Art, aufzuschütten oder einzubringen oder die Bodengestalt auf andere Art zu verändern,
11. wildwachsende Pflanzen zu zerstören oder zu entnehmen,
12. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu stören, zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen, sie zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester sowie sonstige Brut- und Wohnstätten wildlebender Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
13. bisher nicht fischereilich genutzte Gewässer fischereilich zu nutzen,
14. der Ausbau von Gewässern im Sinne des § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes,
15. die Durchführung von Maßnahmen, die den Wasserstand oder den Wasserabfluss oder die Fließgeschwindigkeit verändern,
16. Stoffe einzubringen, einzuleiten, zu entnehmen oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die geeignet sind, die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit der Gewässer nachteilig zu verändern,
17. die Errichtung und der Betrieb offener Viehtränken an Gewässern,
18. Quellen zu fassen oder auf sonstige Weise zu verändern,
19. Erstaufforstungen außerhalb des Waldes vorzunehmen sowie Anpflanzungen von Weihnachtsbaumkulturen, Kurzumtriebsplantagen oder anderen Sonderkulturen anzulegen,
20. Bäume und Sträucher außerhalb des Waldes anzupflanzen, die der heutigen potentiell natürlichen Vegetation des Schutzgebietes nicht entsprechen,

21. Leitungen jeder Art zu verlegen, Masten, Einfriedigungen oder Einzäunungen zu errichten oder bestehende Einrichtungen oder Anlagen dieser Art wesentlich zu ändern,
 22. bauliche Anlagen, auch wenn sie keiner Genehmigung nach der Landesbauordnung bedürfen, zu errichten oder wesentlich zu ändern,
 23. Hecken, Bäume oder Gehölze außerhalb des Waldes, Tümpel oder Teiche sowie landschaftlich bzw. erdgeschichtlich bemerkenswerte Erscheinungen wie z. B. Findlinge oder Felsblöcke zu verändern oder zu beseitigen,
 24. das Anbringen von Hinweisschildern, soweit diese sich nicht auf den Natur- und Landschaftsschutz, den Denkmalschutz, den ordnungsgemäßen Forst- und Jagdbetrieb, die Gefahrenabwehr oder die Verkehrsregelung beziehen oder Wander-, Sport- und Freizeitwege oder Loipen kennzeichnen sowie Hinweis- und Warntafeln aufgrund anderer Rechtsvorschriften.
- (4) Die zuständige Naturschutzbehörde kann von den in Abs. 3 Nr. 5 und Nr. 9 genannten Verboten Ausnahmen zustimmen, wenn und soweit dadurch keine Beeinträchtigungen oder nachhaltige Störungen des NSG oder seiner für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile zu befürchten sind. Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen hinsichtlich Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.
- (5) Weitere erforderliche Genehmigungen, Zustimmungen oder Erlaubnisse Dritter bleiben von den Regelungen der NSG-Verordnung unberührt.
- (6) § 23 Abs. 3 und § 33 Abs. 1 a BNatSchG bleiben unberührt.

§ 4

Freistellungen

- (1) Die in den Abs. 2 bis 7 aufgeführten Handlungen oder Nutzungen sind von den Verboten des § 3 freigestellt.
- (2) Allgemein freigestellt sind
 1. das Betreten und Befahren des Gebietes durch die Eigentümer, Pächter und Nutzungsberechtigten sowie deren Beauftragte zur rechtmäßigen Nutzung oder Bewirtschaftung der Grundstücke,
 2. das Betreten und Befahren des Gebietes
 - a) und die Durchführung von Maßnahmen durch Bedienstete der Naturschutzbehörden sowie deren Beauftragte zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben,
 - b) durch Bedienstete anderer Behörden und öffentlicher Stellen sowie deren Beauftragte in Erfüllung der dienstlichen Aufgaben dieser Behörden,
 - c) und die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung sowie zur Untersuchung und Kontrolle des Gebietes im Auftrag oder auf Anordnung der zuständigen Naturschutzbehörde oder mit deren Zustimmung,
 - d) und die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht oder der Gefahrenabwehr,
 - e) zur wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie Information und Bildung mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 3. der Einsatz von Hunden zur rechtmäßigen Jagdausübung, als Rettungs- oder Hütehunde oder von der Polizei, der Bundespolizei oder dem Zoll eingesetzter Hunde, auch ohne Leine,
 4. die Nutzung des Gebietes für Freizeitaktivitäten wie z. B. Lagern und Grillen in im Gelände entsprechend kenntlich gemachten Bereichen und Reiten auf im Gelände entsprechend kenntlich gemachten Wegen; die Kennzeichnung erfolgt mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
- (3) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung nach den Grundsätzen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) und des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sowie unter folgenden Vorgaben:
 1. nach einer vorherigen Anzeige (mit Angabe von Ausführungszeitpunkt und -weise) mit einer Vorlaufzeit von vier Wochen bei der zuständigen Naturschutzbehörde; bei unvorhersehbaren Ereignissen sind Sofortmaßnahmen zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen und gefahrlosen Wasserabflusses freigestellt. Die Maßnahme ist im Nachhinein innerhalb von zehn Werktagen bei der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen,
 2. oberirdische Gewässer dürfen nur abschnittsweise nach vorheriger Zustimmung durch die untere Naturschutzbehörde geräumt werden,
 3. ohne den Einsatz einer Grabenfräse,
 4. erforderliche Maßnahmen zur Uferbefestigung sind mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.
- (4) Freigestellt ist die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung nach guter fachlicher Praxis gemäß § 5 Abs. 2 BNatSchG sowie nach folgenden Vorgaben:
 1. die Nutzung der Grünlandflächen,
 - a) ohne Umwandlung von Grünland in Acker,
 - b) ohne Erneuerung der Gasnarbe durch Umbruch,
 2. die Nutzung und Unterhaltung der bestehenden rechtmäßigen Straßen, Anlagen und Einrichtungen; die Instandsetzung ist zulässig, wenn die beabsichtigten Maßnahmen der Naturschutzbehörde mindestens vier Wochen vor Umsetzung angezeigt wurden,
 3. die Nutzung und Unterhaltung von ober- und unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen und Drainagen,
 4. die Beseitigung und das Management von invasiven und/oder gebietsfremden Arten mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 5. fachgerecht durchgeführte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen an Gehölzen, durch die das charakteristische Aussehen von Gehölzen außerhalb des Waldes nicht wesentlich verändert wird und das weitere Wachstum der Gehölze nicht beeinträchtigt wird sowie das fachgerechte abschnittsweise auf den Stock setzen von Hecken,
 6. die fachgerechte Durchführung von Maßnahmen, die der Erhaltung oder der Förderung von Flurgehölzen oder der Freihaltung angrenzender Nutzflächen sowie von Straßen, Wegen und Gebäuden oder von ober- und unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen dienen.

5. Veranstaltungen der NLF auf deren Flächen zur Erfüllung des gesetzlichen Bildungsauftrages,
6. der Skisport auf den Wegen, Loipen und Wiesen, sofern eine Beschädigung der Vegetationsdecke unterbleibt,
7. skisportliche Veranstaltungen aus dem Wettkampfkalender des Niedersächsischen Skiverbandes mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
8. die ordnungsgemäße Unterhaltung und Instandsetzung der Wege in der vorhandenen Breite, mit standorttypischen Material und soweit dies für die freigestellten Nutzungen erforderlich ist, jedoch ohne Verwendung von Kalk oder recyceltem Material wie z. B. Bau- und Ziegelschutt sowie Teer- und Asphaltaufrüchen sowie ohne Ablagerung von überschüssigem Material auf angrenzenden Flächen sowie dauerhafter Ablagerung im Wegeseitenraum,
9. die Durchführung denkmalpflegerischer Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange,
10. die Nutzung und Unterhaltung der bestehenden rechtmäßigen Straßen, Anlagen und Einrichtungen; die Instandsetzung ist zulässig, wenn die beabsichtigten Maßnahmen der Naturschutzbehörde mindestens vier Wochen vor Umsetzung angezeigt wurden,
11. die Nutzung und Unterhaltung von ober- und unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen und Drainagen,
12. die Beseitigung und das Management von invasiven und/oder gebietsfremden Arten mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
13. fachgerecht durchgeführte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen an Gehölzen, durch die das charakteristische Aussehen von Gehölzen außerhalb des Waldes nicht wesentlich verändert wird und das weitere Wachstum der Gehölze nicht beeinträchtigt wird sowie das fachgerechte abschnittsweise auf den Stock setzen von Hecken,
14. die fachgerechte Durchführung von Maßnahmen, die der Erhaltung oder der Förderung von Flurgehölzen oder der Freihaltung angrenzender Nutzflächen sowie von Straßen, Wegen und Gebäuden oder von ober- und unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen dienen.

- c) zulässig sind Über- und Nachsaaten ausschließlich im Scheiben- oder Schlitzdrillverfahren mit gebietsheimischem und regionalem Saatgut zur Aufwertung des Grünlandes sowie zur Beseitigung von Wildschäden,
- d) ohne Veränderung des Bodenreliefs insbesondere durch Verfüllen von Bodensenken, -mulden und -rinnen und durch Einebnung und Planierung,
- e) ohne Anlage von Mieten und ohne dauerhaftes Liegenlassen von Mahdgut,
- f) ohne den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln. Die zuständige Naturschutzbehörde kann in begründeten Einzelfällen Abweichungen hiervon zustimmen. In Zweifelsfällen erfolgt dies unter Hinzuziehung des Pflanzenschutzamtes,
- g) ohne organische Düngung außer mit Festmist und Kompost, jedoch ohne die Ausbringung von Kot aus der Geflügelhaltung. Die zuständige Naturschutzbehörde kann Abweichungen hiervon zustimmen, sofern diese naturschutzfachlich unbedenklich sind und in Bewirtschaftungsplänen geregelt werden.
2. die Nutzung des Grünlandlebensraumtyps 6230 Artenreiche Borstgrasrasen zusätzlich zu Nr. 1 unter folgenden Vorgaben:
- a) einschürige Mahd ab 15.07. von innen nach außen oder von einer zur anderen Seite mit mindestens 10 cm Bodenabstand,
- b) ohne maschinelle Bodenbearbeitung vom 15.05. bis zur ersten Nutzung,
- c) ohne Düngung und Kalkung,
- d) abweichend von Buchstabe a) kann in Vereinbarung mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen gemäß § 2 im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde eine standortangepasste Beweidung unter folgenden Vorgaben stattfinden:
- a. ohne Zufütterung,
- b. bis zu 1 Großvieheinheit/ha,
- c. sofern erforderlich kann eine anschließende Pflegemahd erfolgen,
- e) von den Vorgaben der Buchstaben a) bis d) kann mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde abgewichen werden, wenn die Abweichung mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen gemäß § 2 vereinbar ist. Die Abweichungen sind möglichst im Rahmen eines Management- oder Bewirtschaftungsplans langfristig zu regeln.
3. die Nutzung des Grünlandlebensraumtyps 6520 Berg-Mähwiese zusätzlich zu Nr. 1 unter folgenden Vorgaben:
- a) maximal zweischürige Mahd ab Johanni (24.06.) von innen nach außen oder von einer zur anderen Seite,
- b) ohne maschinelle Bodenbearbeitung vom 15.05. bis zur ersten Nutzung,
- c) mit bedarfsweiser entzugsorientierter Düngung,
- d) abweichend von Buchstabe a) kann in Vereinbarung mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen gemäß § 2 im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde eine standortangepasste Beweidung unter folgenden Vorgaben stattfinden:
- a. einmalige Beweidung ab Johanni (24.06.),
- b. kurzer Beweidungszeitraum von maximal vier Wochen,
- c. möglichst vollständiges (intensives) Abweiden,
- e) von den Vorgaben der Buchstaben a) bis d) kann mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde abgewichen werden, wenn die Abweichung mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen gemäß § 2 vereinbar ist. Die Abweichungen sind möglichst im Rahmen eines Management- oder Bewirtschaftungsplans langfristig zu regeln.
4. die Nutzung des Lebensraumtyps 6430 Feuchte Hochstaudenflur zusätzlich zu Nr. 1 unter folgenden Vorgaben:
- a) ohne Düngung,
- b) mit bedarfsorientierter abschnittsweiser Pflegemahd mit Abtransport des Mahdguts,
- c) abweichend von Buchstabe b) können Bestände innerhalb von Beweidungsflächen extensiv für maximal drei Wochen beweidet werden,
- d) von den Vorgaben der Buchstaben a) bis c) kann mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde abgewichen werden, wenn die Abweichung mit dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen gemäß § 2 vereinbar ist. Die Abweichungen sind möglichst im Rahmen eines Management- oder Bewirtschaftungsplans langfristig zu regeln.
5. ohne zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen insbesondere durch Maßnahmen zur Absenkung des Grundwasserstandes und durch die Neuanlage von Gräben, Gruppen sowie Drainagen; zulässig bleibt die Unterhaltung rechtmäßig bestehender Entwässerungseinrichtungen; die Instandsetzung bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
6. die Errichtung, Unterhaltung, Instandsetzung oder Verlegung von landschaftstypischen und mobilen Zäunen im Rahmen der Weidetierhaltung,
7. die Unterhaltung und Instandsetzung bestehender Viehtränken und rechtmäßig bestehender Viehunterstände sowie deren Erneuerung in landschaftstypischer Weise,
8. ohne Düngung und Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in einem Umkreis von 10 m um Gewässer, Quellen, feuchte Hochstaudenfluren, Klein- und Großseggenriede, Borstgrasrasen, Schwermetallrasen sowie nährstoffarme Bergwiesen, sofern es sich nicht um eine notwendige entzugsorientierte Erhaltungsdüngung handelt. Die entsprechenden LRT werden im Rahmen eines Management- oder Bewirtschaftungsplans kenntlich gemacht,
9. die Nutzung von Gewässerrandstreifen nach Vorgabe des Wasserhaushaltsgesetzes.
- (5) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Forstwirtschaft im Wald im Sinne des § 5 Abs. 3 BNatSchG und des § 11 NWaldLG einschließlich der Errichtung und Unterhaltung von Zäunen und Gattern und der Nutzung und Unterhaltung von sonst erforderlichen Einrichtungen und Anlagen und ohne Änderung des Wasserhaushaltes.
- (6) Freigestellt ist
1. die ordnungsgemäße, im Haupt- oder im Nebenerwerb betriebene Fischerei unter größtmöglicher Schonung der natürlichen Lebensgemeinschaften im Gewässer und an seinen Ufern, insbesondere der natürlich vorkommenden Wasser- und Schwimmblattvegetation,
2. die ordnungsgemäße sonstige fischereiliche Nutzung unter größtmöglicher Schonung der natürlichen Lebensgemeinschaften im Gewässer und an seinen Ufern, insbesondere der natürlich vorkommenden Wasser- und Schwimmblattvegetation und nach folgenden Vorgaben:
- a) Fischbesatzmaßnahmen nach den Grundsätzen des Nds. Fischereigesetzes und der Binnenfischereiordnung,
- b) ohne Einrichtung zusätzlicher fester Angelplätze,
- c) ohne Einbringung von Futter- und Düngemitteln,
- d) Fanggeräte und Fangmittel sind so einzusetzen oder auszustatten, dass eine Gefährdung tauchender Vogelarten und semiaquatischer Säuger ausgeschlossen ist.

- (7) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd nach folgenden Vorgaben:
Die Neuanlage von
1. Wildäckern, Wildäsungsflächen, Futterplätzen und Hegebüschchen,
 2. mit dem Boden fest verbundenen jagdwirtschaftlichen Einrichtungen (wie z. B. Hochsitzen) sowie anderen jagdwirtschaftlichen Einrichtungen in nicht ortsüblicher landschaftstypischer Art,
- ist nach Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig.
- (8) Die zuständige Naturschutzbehörde kann bei den in den Absätzen 2 bis 7 genannten Fällen die erforderliche Zustimmung, bzw. das erforderliche Einvernehmen erteilen, wenn und soweit keine Beeinträchtigungen oder nachhaltige Störungen des NSG oder seiner für die Erhaltungsziele den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile zu befürchten sind. Die Erteilung der Zustimmung bzw. des Einvernehmens kann ebenso wie die Rückmeldung der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen eines Anzeigeverfahrens mit Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.
- (9) Weitergehende Vorschriften des § 30 BNatSchG und § 24 NAGBNatSchG sowie die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG bleiben unberührt. Bei allen Maßnahmen sind die Erhaltungsziele gemäß § 2 Abs. 5 dieser Verordnung besonders zu berücksichtigen.
- (10) Bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben unberührt.

§ 5

Befreiungen

- (1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Naturschutzbehörde nach Maßgabe des § 67 BNatSchG i. V. m. § 41 NAGBNatSchG auf Antrag eine Befreiung gewähren.
- (2) Eine Befreiung zur Realisierung von Plänen oder Projekten kann gewährt werden, wenn sie sich im Rahmen der Prüfung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 26 NAGBNatSchG als mit dem Schutzzweck dieser Verordnung vereinbar erweisen oder die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 bis 6 BNatSchG erfüllt sind.

§ 6

Anordnungsbefugnis

Gemäß § 2 Abs. 2 NAGBNatSchG kann die zuständige Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes anordnen, wenn gegen die Verbote des § 3 oder die Einvernehmensvorbehalte und Anzeigepflichten des § 4 dieser Verordnung verstoßen wurde und Natur oder Landschaft rechtswidrig zerstört, beschädigt oder verändert worden sind.

§ 7

Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigte haben die Durchführung von folgenden durch die zuständige Naturschutzbehörde angeordneten oder angekündigten Maßnahmen zu dulden bzw. nach vorheriger Vereinbarung mit der zuständigen Naturschutzbehörde selbst durchzuführen:
1. Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung des NSG oder einzelner seiner Bestandteile,
 2. das Aufstellen von Schildern zur Kennzeichnung des NSG und seiner Wege sowie zur weiteren Information über das NSG.
- (2) Zu dulden sind insbesondere
1. die in einem Managementplan, Maßnahmenblatt oder Pflege- und Entwicklungsplan für das NSG dargestellten Maßnahmen,

2. regelmäßig anfallende Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen wie
 - a) das Entkusseln der Borstgrasrasen,
 - b) das Mähen der Wiesen.

- (3) Die Abgrenzung der LRT-Flächen ergibt sich für die Flächen der NLF aus der jeweils aktuellen Waldbiotopkartierung gemäß des Erlasses „Schutz, Pflege und Entwicklung von Natura 2000-Gebieten im Landeswald“ (Gem. RdErl. d. ML u. d. MU vom 21.10.2015 [Nds. Ministerialblatt 2015 Nr. 40, S. 1298]). Maßgeblich ist der flächenmäßige Umfang des jeweiligen LRT zum Referenzzeitpunkt (erste qualifizierte Waldbiotopkartierung bei FFH-Gebieten).
- (4) Die Lage der FFH-Lebensraumtypen außerhalb der Landesforstenflächen ergibt sich aus der Basiserfassung sowie aus eventuellen Aktualisierungen. Maßgeblich ist der flächenmäßige Umfang des jeweiligen LRT zum Referenzzeitpunkt der Basiserfassung.
- (5) Eine Karte der genauen Lage der Lebensraumtypenflächen liegt der Begründung bei und kann bei der zuständigen Naturschutzbehörde während der Dienststunden unentgeltlich eingesehen werden.
- (6) Auf den Flächen der Niedersächsischen Landesforsten (NLF) erfolgen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen auf Grundlage des gemäß § 32 Abs. 5 BNatSchG und Ziffer 4.2 des Erlasses „Schutz, Pflege und Entwicklung von Natura 2000-Gebieten im Landeswald“ mit der Naturschutzbehörde abgestimmten Bewirtschaftungsplans.
- (7) Auf Flächen außerhalb der Niedersächsischen Landesforsten werden die erforderlichen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in einem Managementplan festgesetzt.
- (8) §§ 15 und 39 NAGBNatSchG sowie § 65 BNatSchG bleiben unberührt.

§ 8

Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Die in den §§ 3 und 4 dieser Verordnung enthaltenen Regelungen entsprechen in der Regel Maßnahmen zur Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der im NSG signifikant vorkommenden FFH-Lebensraumtypen.
- (2) Die in § 7 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung beschriebenen Maßnahmen dienen darüber hinaus der Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der im NSG signifikant vorkommenden FFH-Lebensraumtypen.
- (3) Als Instrumente zur Umsetzung der in § 7 dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen dienen insbesondere
- a) Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde,
 - b) freiwillige Vereinbarungen, insbesondere im Rahmen des Vertragsnaturschutzes,
 - c) von der zuständigen Naturschutzbehörde veranlasste Einzelfallanordnungen nach § 15 NAGBNatSchG.

§ 9

Erschwernisausgleich

Der Erschwernisausgleich nach § 42 Abs. 4 und 5 NAGBNatSchG richtet sich nach den Vorschriften der Erschwernisausgleichsverordnung-Grünland (EA-VO Grünland) vom 21.02.2014 (Nds. GVBl. Nr. 4, S. 61) in den jeweils gültigen Fassungen.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig gemäß § 69 Abs. 7 BNatSchG i. V. m. § 43 Abs. 3 Nr. 1 NAGBNatSchG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 23 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG Handlungen vornimmt, die das NSG oder einen seiner Bestandteile zerstören, beschädigen oder verändern.
- (2) Ordnungswidrig gemäß § 69 Abs. 7 BNatSchG i. V. m. § 43 Abs. 3 Nr. 7 NAGBNatSchG oder gemäß § 69 Abs. 3 Nr. 6

BNatSchG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen der §§ 3 und 4 der Verordnung verstößt, ohne dass das erforderliche Einvernehmen, die erforderliche Anzeige oder eine Befreiung oder Ausnahme nach § 5 dieser VO gewährt wurde.

§ 11

Strafbarkeit

- (1) Die in § 329 Abs. 3 Strafgesetzbuch aufgeführten Handlungen werden, wenn sie den Schutzzweck der Verordnung nicht unerheblich beeinträchtigen, als Straftaten verfolgt.
- (2) Die Straftat wird gemäß § 329 Abs. 3 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, in besonders schweren Fällen einer vorsätzlichen Tat nach § 330 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 10 Jahren.

§ 12

Aufhebung von Rechtsvorschriften

- (1) Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bergwiesen bei St. Andreasberg“ im Landkreis Goslar vom 29.07.1992 (ABl. für den Regierungsbezirk Braunschweig vom 17.08.1992) wird aufgehoben.
- (2) Das LSG „Harz (Landkreis Goslar)“ vom 07.12.2010 (ABl. für den Landkreis Goslar Nr. 13 vom 30.12.2010, S. 256), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.10.2018 (Nds. Ministerialblatt Nr. 35 vom 02.11.2018, S. 983 ff.), wird im Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Nds. Ministerialblatt in Kraft.

Goslar, den 08.11.2018

Landkreis Goslar
Der Landrat
gezeichnet
Thomas Brych

— Nds. MBl. Nr. 39/2018 S. 1330

Anhang A

zu § 2 Abs. 5 Spezieller Schutzzweck der NSG-Verordnung

Erhaltungsziele des FFH-Gebietes sind die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes

- (1) Insbesondere des prioritären Lebensraumtyps (Anhang I FFH-Richtlinie)
 1. 6230 — Artenreiche Borstgrasrasen
Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung arten- und strukturreicher, gehölzfreier Borstgrasrasen in ihren nutzungs- und pflegegeprägten Ausbildungsformen unter Berücksichtigung der typischen Habitatelemente. Erhaltung ihrer Standortvoraussetzungen, insbesondere des für den Lebensraumtyp geringen Nährstoffbedarfs.
Wesentliches Erhaltungsziel ist die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung einer lebensraumtypischen Artenzusammensetzung der charakteristischen Tier- und Pflanzenarten wie z. B. Wachtelkönig (*Crex crex*), Arnika (*Arnica montana*), Wiesen-Leinblatt (*Thesium pyrenaicum*), Wiesen-Feuer-Lilie (*Lilium bulbiferum* ssp. *bulbiferum*), Gewöhnliches Kreuzblüm-

chen (*Polygala vulgaris*), Hirse-Segge (*Carex panicea*), Berg-Platterbse (*Lathyrus linifolius*), Blutwurz (*Potentilla erecta*), Borstgras (*Nardus stricta*), Feld-Hainsimse (*Luzula campestris*), Harzer Labkraut (*Galium saxatile*), Pillen-Segge (*Carex pilulifera*), Wald-Ehrenpreis (*Veronica officinalis*) und Wald-Wachtelweizen (*Melampyrum sylvaticum*), sowie des niedersachsenweit einzigen Vorkommens der Weißzüngel (*Pseudorchis albida*).

- (2) Insbesondere der übrigen Lebensraumtypen (Anhang I FFH-Richtlinie)

1. 6430 — Feuchte Hochstaudenfluren

Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung artenreicher, feuchter Hochstaudenfluren auf mäßig nährstoffreichen, feuchten bis nassen Standorten an kleineren Fließgewässern und entlang von Waldrändern, unter Berücksichtigung der ökologischen Ansprüche der charakteristischen Tier- und Pflanzenarten wie auch der typischen Habitatelemente. Erhaltung ihrer Standortvoraussetzungen, insbesondere des für den Lebensraumtyp erforderlichen hydrologischen Regimes.

Wesentliches Erhaltungsziel ist die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung einer lebensraumtypischen Artenzusammensetzung, möglichst ohne Nitro- und Neophyten, aber charakteristischen Tier- und Pflanzenarten wie z. B. Wachtelkönig (*Crex crex*), Mädesüß-Perlmutterfalter (*Brenthis ino*), Arznei-Baldrian (*Valeriana officinalis*), Echtes Mädesüß (*Filipendula ulmaria*), Gewöhnlicher Gilbweiderich (*Lysimachia vulgaris*), Weiße Pestwurz (*Petasites albus*).

2. 6520 — Berg-Mähwiese

Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung artenreicher Berg-Mähwiesen in ihren nutzungs- und pflegegeprägten Ausbildungsformen, unter Berücksichtigung der ökologischen Ansprüche der charakteristischen Tier- und Pflanzenarten. Erhaltung ihrer Standortvoraussetzungen, insbesondere des für den Lebensraumtyp günstigen Nährstoffhaushalts. Für die Artenvielfalt sind naturraumtypische Biotopkomplexe aus Bergwiesen, Borstgrasrasen und Quellsümpfen mit allen Übergängen wesentlich.

Wesentliches Erhaltungsziel ist die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung einer lebensraumtypischen Artenzusammensetzung der charakteristischen Tier- und Pflanzenarten wie z. B. Wachtelkönig (*Crex crex*), Bärwurz (*Meum athamanticum*), Haller-Schaumkresse (*Cardaminopsis halleri*), Perücken-Flockenblume (*Centaurea pseudophrygia*), Schlangen-Wiesenknöterich (*Bistorta officinalis*), Schwarze Teufelskralle (*Phyteuma nigrum*), Wald-Storchschnabel (*Geranium sylvaticum*) und Ährige Teufelskralle (*Phyteuma spicatum* ssp. *spicatum*).

3. 7230 — Kalkreiche Niedermoore

Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung nasser, nährstoffarmer, basenreicher Moore bzw. Sümpfe mit standorttypischen, zumindest teilweise kurzrasigen Kleinseggen-Rieden, vielfach im Komplex mit Staudenfluren, Röhrichten und Großseggenrieden.

Wesentliches Erhaltungsziel ist die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung einer lebensraumtypischen Artenzusammensetzung aus meist stark gefährdeten, charakteristischen Tier- und Pflanzenarten wie z. B. Schmalblättriges Wollgras (*Eriophorum angustifolium*), Gelb-Segge (*Carex flava*), Hirse-Segge (*Carex panicea*), Breitblättriges Knabenkraut (*Dactylorhiza majalis*) und Täuschendes Starknervmoos (*Palustriella decipiens*).

Anhang B

zu § 1 Abs. 3 der NSG-Verordnung

Amtliches Kartenwerk im Maßstab 1:5 000 (8 Kartenblätter, Kartengrundlage: AK5 in Farbe)

mit 2 Übersichtskarten im Maßstab 1:20.000

Karte zur Verordnung
über das

**Naturschutzgebiet
"Bergwiesen bei
St. Andreasberg"**

Anhang B

Übersichtskarte

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz

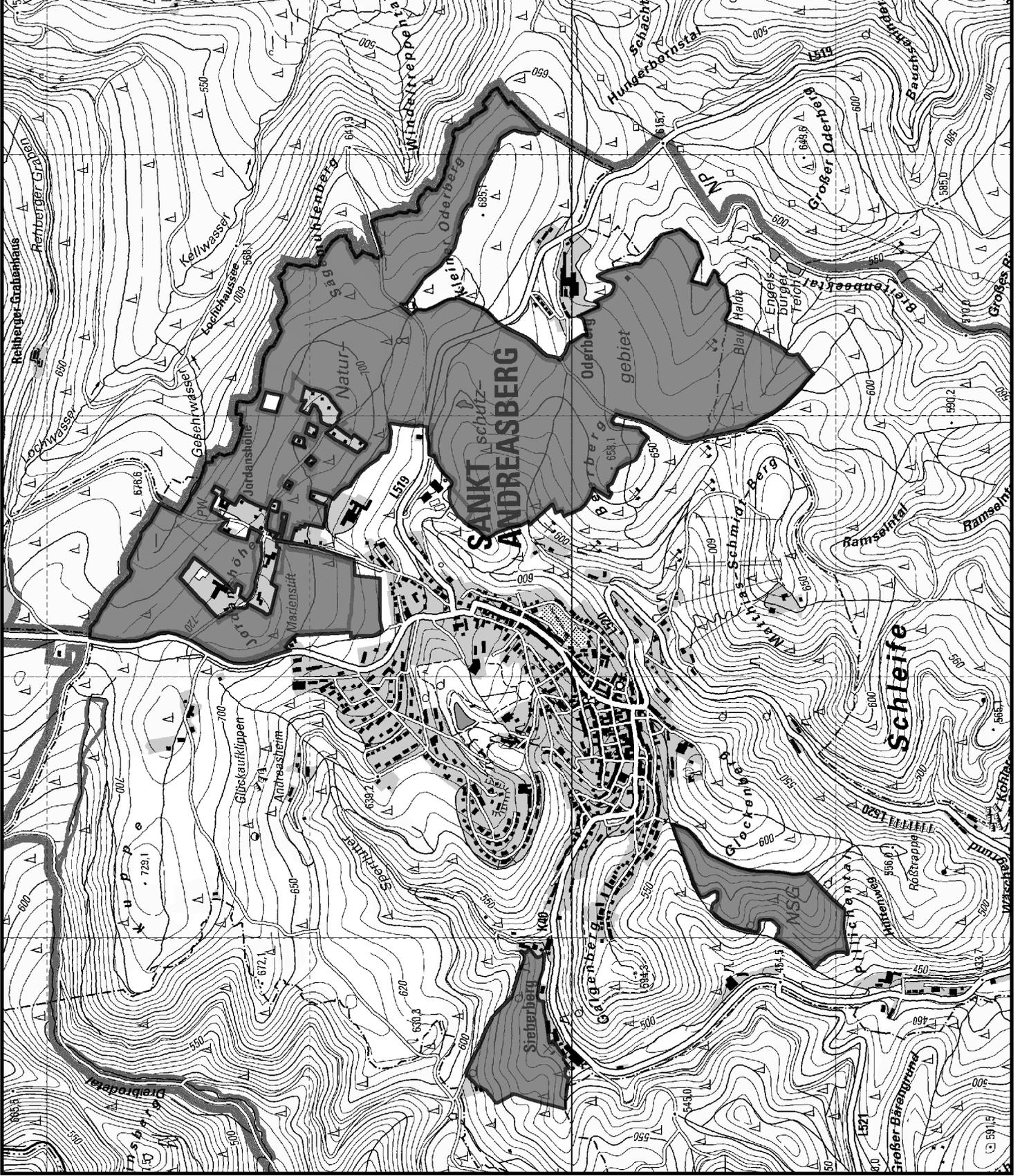


Naturschutzgebiet

Maßstab 1:20.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018



Karte zur Verordnung
über das

**Naturschutzgebiet
"Bergwiesen bei
St. Andreasberg"**

Anhang B

Übersichtskarte

Blatt **01** - **08**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage

Gemeindefreies Gebiet Harz

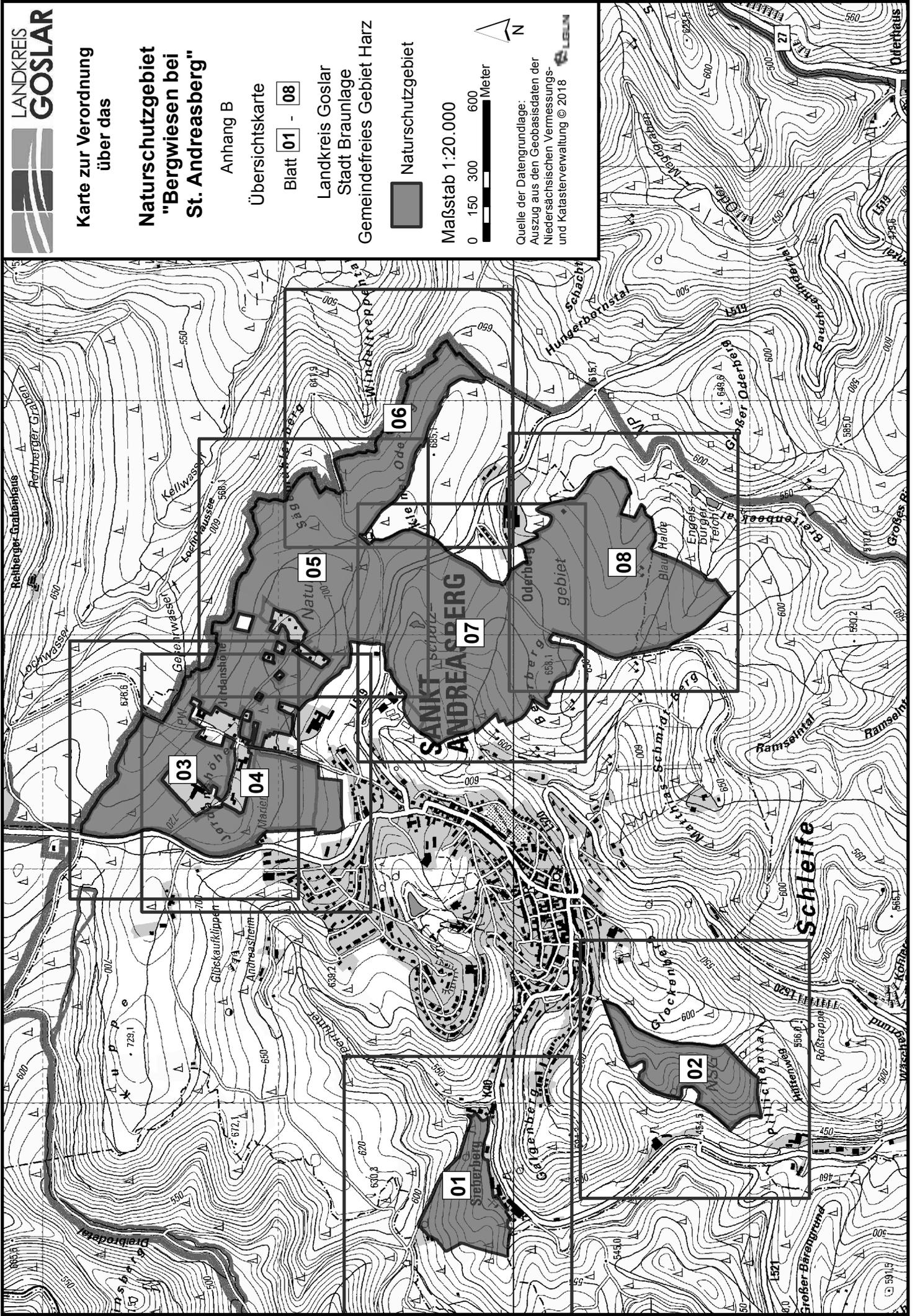


Naturschutzgebiet

Maßstab 1:20.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018





LANDKREIS
GOSLAR

Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **01**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz

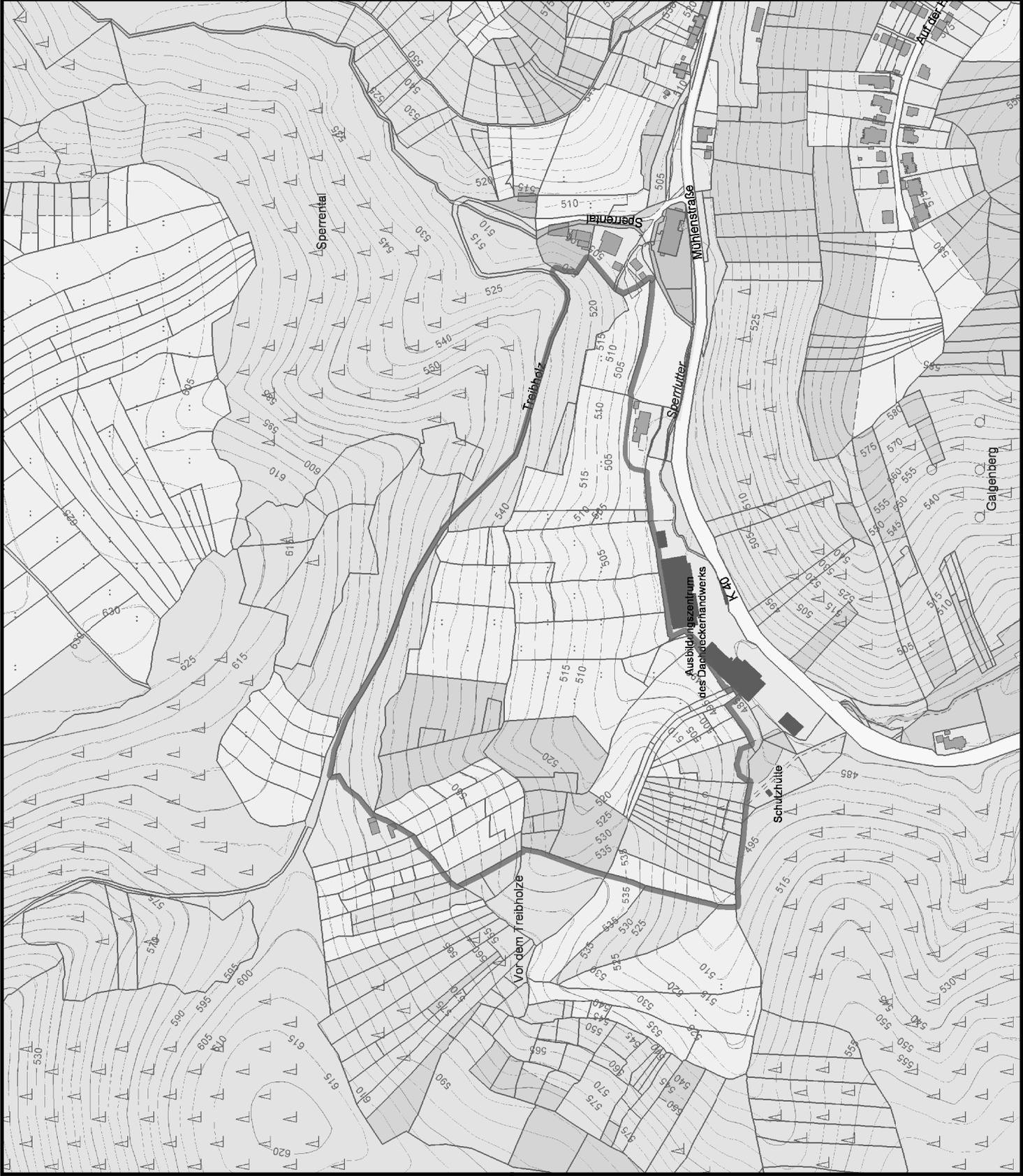


Naturschutzgebiet
(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018





LANDKREIS
GOSLAR

Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **02**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz



Naturschutzgebiet

(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018





LANDKREIS
GOSLAR

Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **03**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz



Naturschutzgebiet
(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018





LANDKREIS
GOSLAR

Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **04**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz



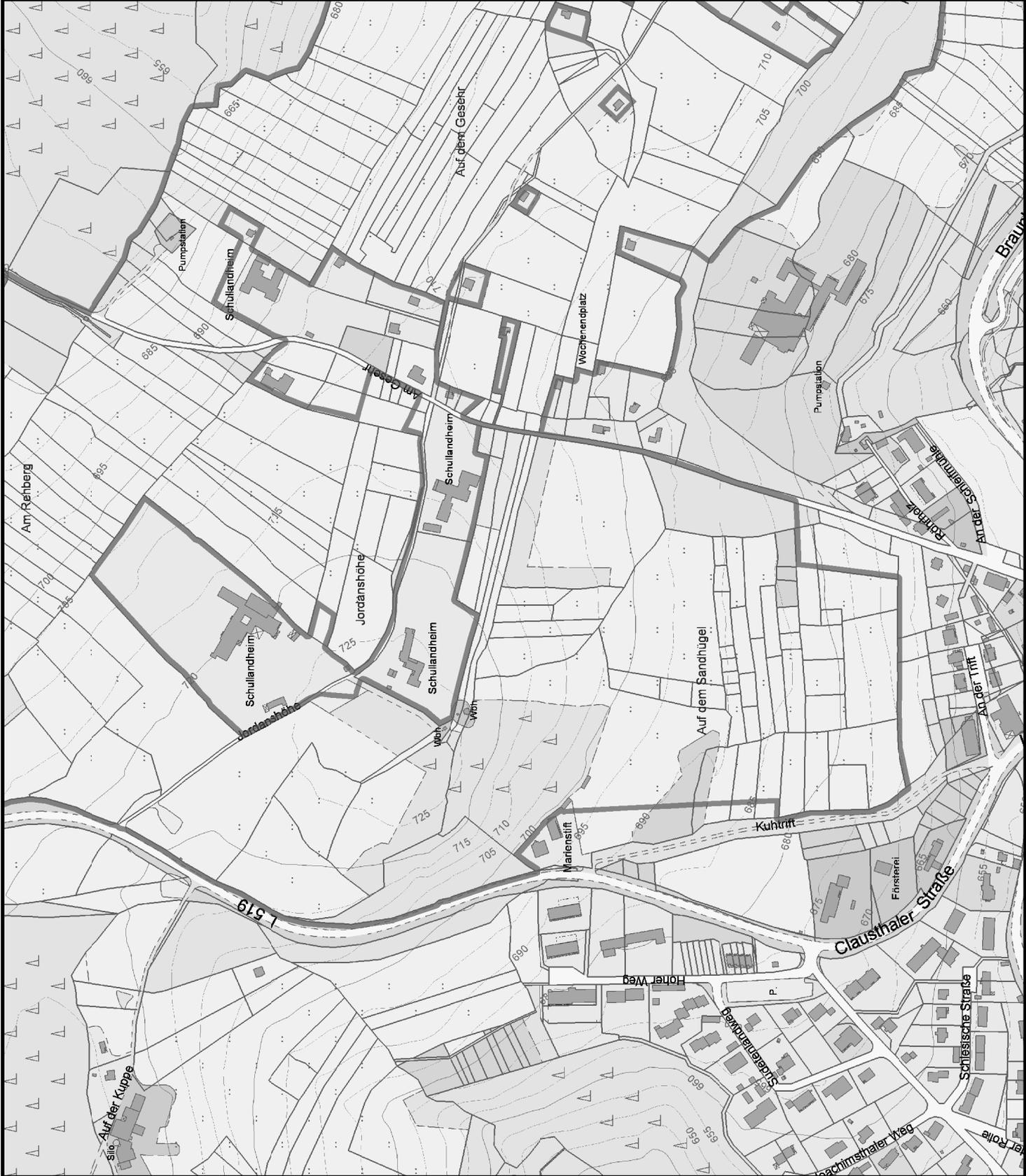
Naturschutzgebiet

(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018





LANDKREIS
GOSLAR

Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **05**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz



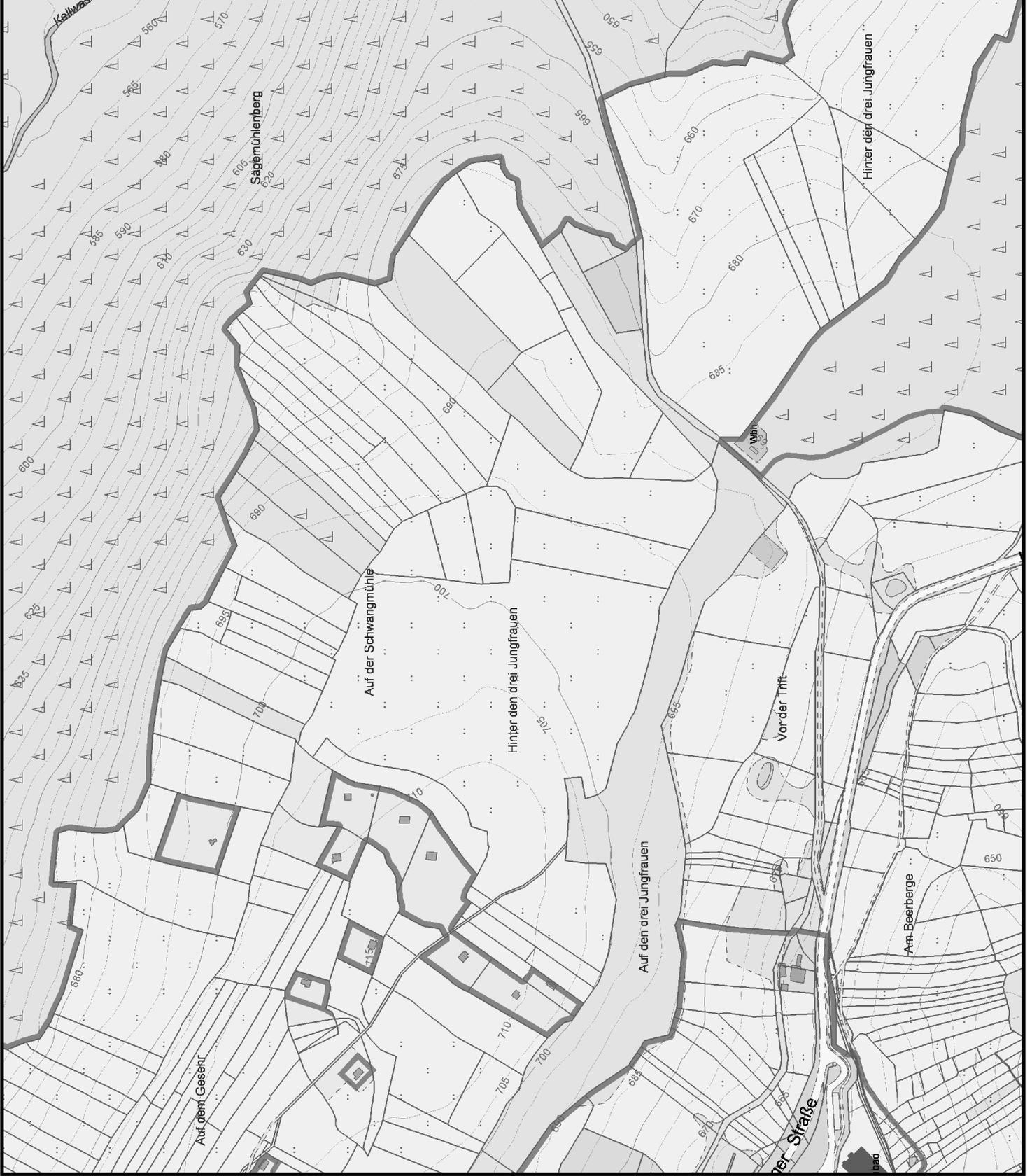
Naturschutzgebiet

(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018





LANDKREIS
GOSLAR

Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **06**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz



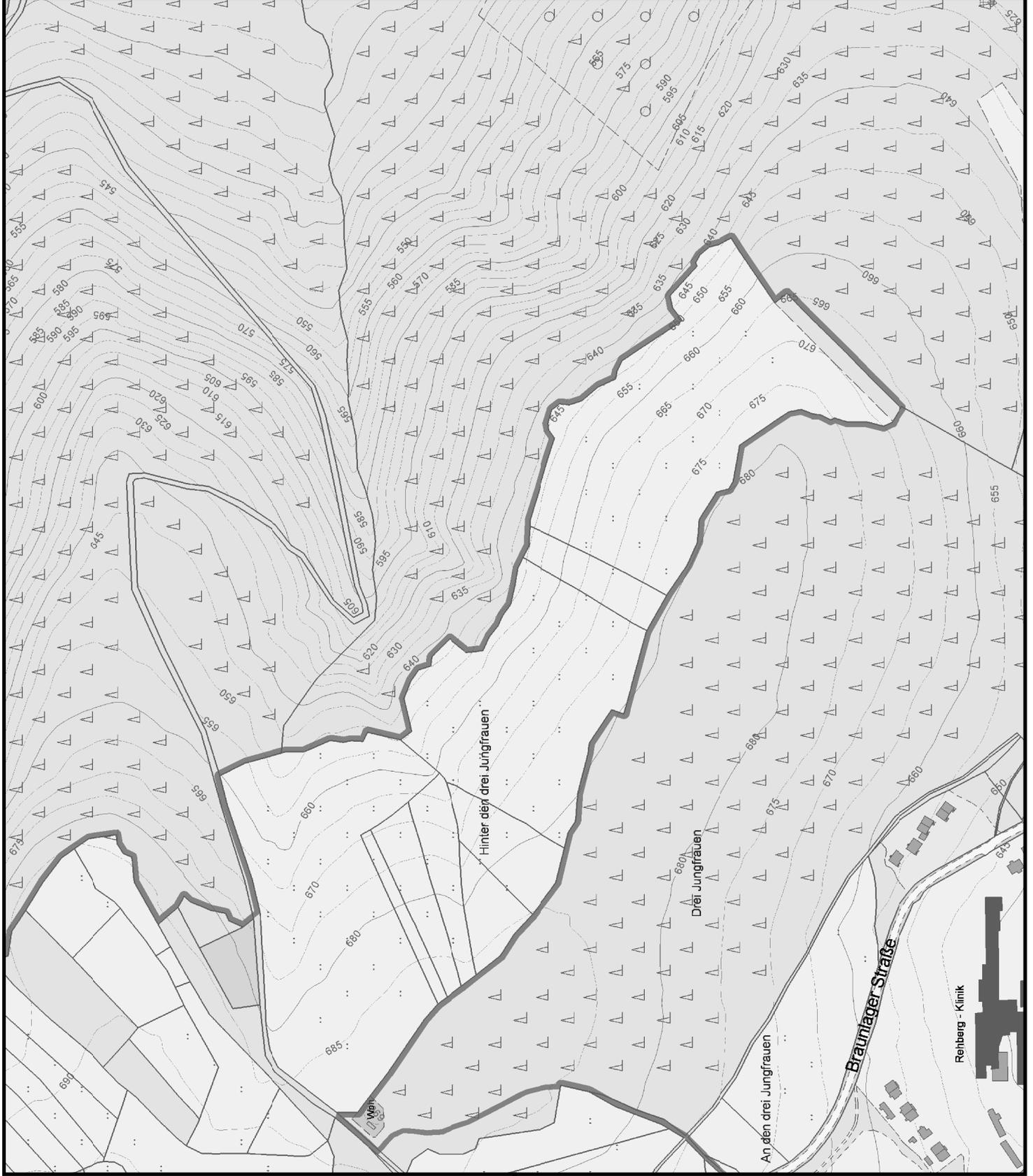
Naturschutzgebiet

(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018





LANDKREIS
GOSLAR

Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **07**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz

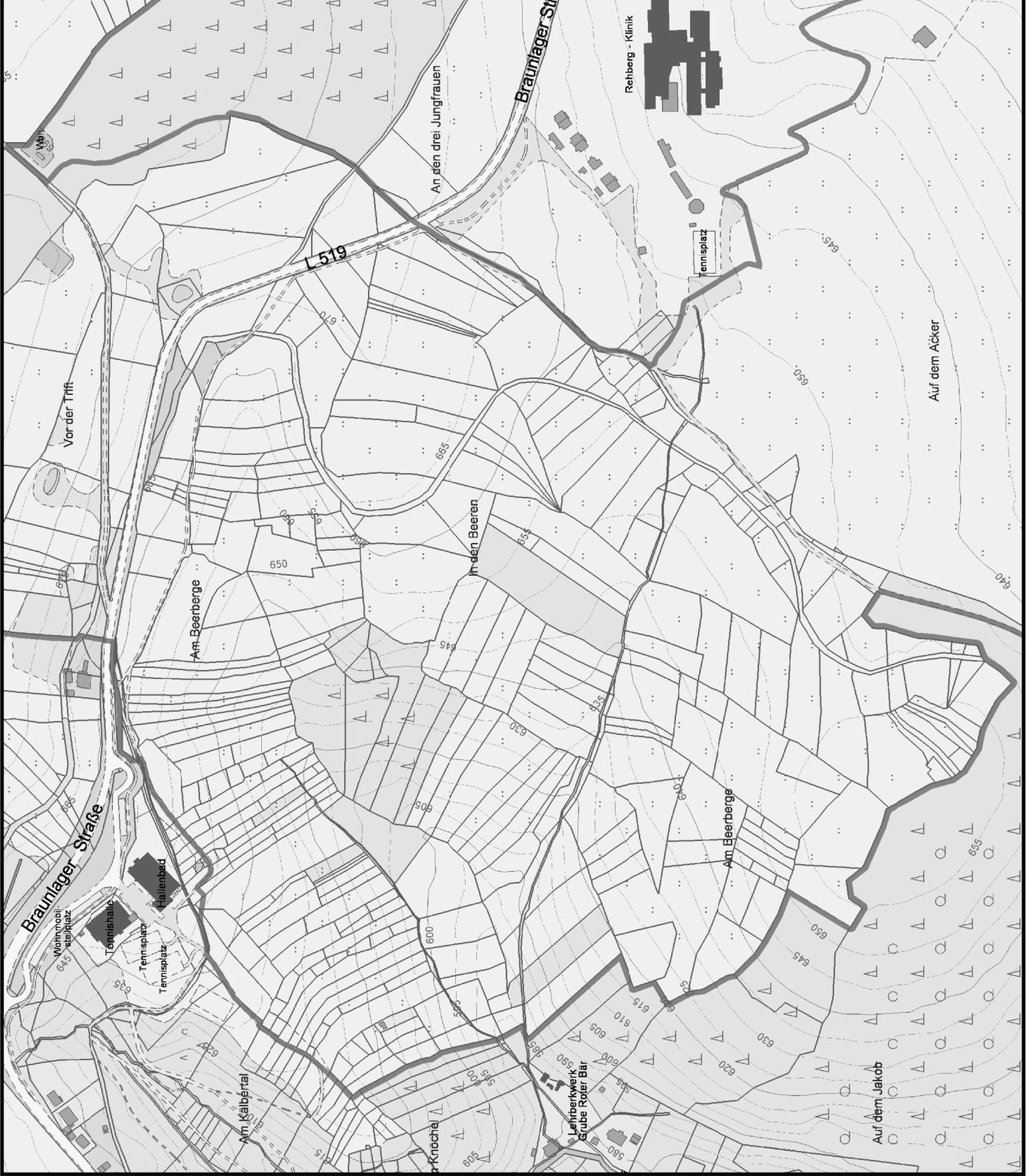


Naturschutzgebiet
(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018



Karte zur Verordnung
über das

Naturschutzgebiet "Bergwiesen bei St. Andreasberg"

Anhang B

Blatt **08**

Landkreis Goslar
Stadt Braunlage
Gemeindefreies Gebiet Harz

 **Naturschutzgebiet**
(Die Innenseite des grauen Rasterbandes kenn-
zeichnet die Grenze des Naturschutzgebietes.)

Maßstab 1:5.000



Quelle der Datengrundlage:
Auszug aus den Geobasisdaten der
Niedersächsischen Vermessungs-
und Katasterverwaltung © 2018



Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei
Verlag: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400. Druck: Umweltdruckhaus Hannover GmbH, Langenhagen. Erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 130,40 €, einschließlich 8,53 € Mehrwertsteuer und 12,80 € Portokostenanteil. Bezugsündigung kann nur 6 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 16 Seiten 1,55 €. ISSN 0341-3500. Abbonementsservice: Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405
Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 9,30 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten

Lieferbar ab April 2018

Einbanddecke inklusive CD



**Fünf Jahrgänge
handlich
auf einer CD!**

Jahrgänge 2013 bis 2017:

- Nds. Ministerialblatt
- Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt

Die optimale Archivierung
ergänzend zur Einbanddecke.



→ Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2017
+ Kartenumschlagmappe inklusive CD **nur € 31,-** zzgl. Versandkosten

→ Einbanddecke Niedersächsisches Ministerialblatt 2017
Band I und Band II inklusive CD **nur € 35,50** zzgl. Versandkosten

Gleich bestellen: Telefax 0511 8550-2405

schlütersche